

Der katholische Theologe und Ratsherr in der Stadt Oldenburg Jonas Christopher Höpken macht die NachDenkSeiten auf die neue [Sozialenzyklika](#) aufmerksam und hat dazu einen begleitenden Text geschrieben. Siehe unten. Bei der Enzyklika handelt es sich nach seiner Überzeugung um einen kapitalismus- und gesellschaftskritischen Aufruf. Das ist unmittelbar nach der Veröffentlichung nicht hinreichend wahrgenommen worden; die Veröffentlichung wurde von konservativer Seite auch bewusst eher gedeckelt. Dann erschienen Kritiken - vom Ifo-Institut und von der katholischen Bischofskonferenz zum Beispiel. **Albrecht Müller**.

Hier zunächst die beiden Kritiken:

- a. [die ausführliche Kritik des Ifo-Institutes](#).
- b. hier ein Beispiel, wie Reaktionäre versuchen, die Botschaft von Papst Franziskus ins Gegenteil zu verkehren, in diesem Fall die bekanntlich extrem konservative polnische Bischofskonferenz. [Die Kritik des Ifo-Institutes ist darin auch erwähnt](#).

Und hier der Text von Jonas C. Höpken:

### **Diese Wirtschaft hört nicht auf zu töten!** **Sozialenzyklika von Papst Franziskus fordert andere Weltordnung**

Kein Wunder, dass der Chef des Ifo-Institutes Clemens Fuest die neue Sozialenzyklika „Fratelli tutti“ scharf kritisiert; er unterstellt dem Autoren Papst Franziskus Lügen, Fehler und Vorurteile. Vom Oberhaupt einer allgemein als konservativ geltenden Institution mit einem politisch derart systemkritischen Pamphlet konfrontiert zu werden, das auch noch beansprucht, ein global geltendes verbindliches kirchenamtliches Dokument von hohem Gewicht zu sein - das macht wütend! Ein großer Teil der konservativen und neoliberalen Welt innerhalb und außerhalb der katholischen Kirche wird allerdings den geschickteren Weg wählen und die Enzyklika versuchen wegzuloben, also ein paar warme Worte darüber verlieren und darauf hoffen, dass sie so schnell wie möglich vergessen wird. Genau das darf nicht passieren. Das Lehrschreiben von Papst Franziskus hat es in sich und verdient Aufmerksamkeit und Verbreitung.

Die Enzyklika wendet sich ausdrücklich an alle Menschen guten Willens, also gerade auch an die nichtkatholische oder nichtgläubige Mehrheit der Welt. Ihre offensichtliche Zielsetzung: den Menschen Mut machen, dass es „trotz alledem“ der einzig richtige Weg ist, sich gegen das herrschende politisch-ökonomische Paradigma und für eine andere Weltordnung einzusetzen. Der Papst analysiert die Gegenwart, entwirft eine Perspektive für die Zukunft und ermutigt zum politischen Engagement im Sinne einer progressiven und

emanzipatorischen Politik. Dabei legt er ein erstaunliches Maß an umfassender und treffsicherer Analyse der Ausprägungen der jetzigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und großen Mut beim Entwurf seiner Gegenperspektive an den Tag. Und er wählt nicht die übliche, manchmal einschläfernde Kirchensprache, sondern spricht Klartext.

Einen deutlichen Akzent setzt er schon mal damit, dass die Enzyklika durchgezogen ist von einer gemeinsamen Botschaft mit dem Großscheich und Großimam der Al-Azhar-Universität Aman Al-Tayyeb, der obersten Lehrautorität des sunnitischen Islam. Sein Ausgangspunkt ist also der gemeinsame Einsatz zweier vermeintlich sich entgegenstehender Weltreligionen für Gerechtigkeit und Frieden. Eine klare Absage erteilt Papst Franziskus damit einem Kampf der Kulturen gegeneinander – ein Zeichen seines theologisch weiten Blickes, der es nur als absurd empfinden kann, das Gottesverständnis einer Konfession oder Religion als das einzig Wahre anzusehen und gegen die anderen zu stellen; es kann in Bezug auf Gott nur um ein gemeinsames Suchen gehen – und um ein gemeinsames emanzipatorisches Handeln.

Im ersten Kapitel liefert Papst Franziskus eine äußerst treffende Analyse der gegenwärtigen Weltlage auf der Grundlage einer deutlichen Kritik an Marktdominanz und Kapitalismus. Indem er die Begrifflichkeit von der „Wirtschaft, die tötet“ wieder aufnimmt (Abschnitt 27), macht Papst Franziskus deutlich, dass er von dieser gleich zu Anfang seines Pontifikats deutlich gemachten Grundbotschaft keinesfalls abgerückt ist – wie immer wieder von konservativer Seite behauptet, nur weil der Papst auch noch zu anderen Themen Stellung nimmt und den Satz „Diese Wirtschaft tötet“ nicht jeden Tag wiederholt. Hier, in diesem zentralen Dokument, tut er es und prangert die moderne Form der Sklaverei durch den Kapitalismus an (24). Insbesondere geht er dabei auch auf die Diskriminierung von Frauen ein (23). Er kritisiert eine Wirtschaftsordnung, die Menschen für die Privilegien anderer opfert (18). Die Gewaltformen, zu denen diese Art des Wirtschaftens führt, bezeichnet er (in der deutschen Übersetzung) als „dritten Weltkrieg in Abschnitten“ (25); besser übersetzt wohl als „dritter Weltkrieg auf Raten“. In seiner Analyse greift der Papst viele einzelne Punkte auf wie die Kritik am Abbau von Gesundheitssystemen in vielen Ländern (35), die soziale Aggressivität im Internet (44), den mit einem universalen Gottesglauben nicht vereinbaren Nationalismus (86).

Im zweiten Kapitel wendet er das Gleichnis vom barmherzigen Samariter – wofür er sich schon fast entschuldigt, da die Enzyklika sich ja gerade auch an Nichtchristen wendet, die mit einem solch zentralen Bibeltext vielleicht nicht unmittelbar etwas anfangen können – auf die heutige Gesellschaftsordnung an und macht deutlich, dass es einerseits darum gehen muss, konkret den Opfern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu helfen, aber auch darum, die Strukturen zu ändern, die diese Ausbeutung überhaupt erst ermöglichen.

Das dritte Kapitel deutet einen Politikentwurf für eine andere Welt an. Zunächst macht Franziskus deutlich, welche Haltung dafür nötig ist. Für Beobachter moralphilosophischer Diskurse auch in Deutschland ist interessant, dass der Papst in den Abschnitten 91ff eine Differenzierung von Primär- und Sekundärtugenden vornimmt; er betont, dass die Sekundärtugenden alleine nicht zielführend und bei falscher Grundhaltung sogar kontraproduktiv sind (es fehlt nur noch der Hinweis, dass man damit „auch ein KZ führen“ kann). Als Primärtugend behandelt er vor allem die Liebe; diese sei das Herzstück einer guten Politik (187).

Ab dem Abschnitt 97 behandelt die Enzyklika die Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen aus der Gesellschaft, die als „verborgene Exilanten“ (98) bezeichnet werden. Papst Franziskus warnt vor einem falschen, autoritären Universalismus, der in Wahrheit zur Gleichschaltung von Menschen sowie zur Ausbeutung führe (99f) und kommt damit auf eine zerstörerische Form von Globalisierung zu sprechen (101). Im Abschnitt 144 deutet er die Geschichte vom Turmbau zu Babel als Kritik an einer Form der Globalisierung, die alles vereinheitlichen wolle, kulturellen Kolonialismus betreibe und eine zentralistische Form von globaler Herrschaft von Menschen über Menschen schaffe.

In den Abschnitten 108ff erläutert Franziskus die Bedeutung eines aktiven Staates, da das primäre Setzen auf den freien Markt den Menschen Chancen nehme (109) und zu einer nur „theoretischen Freiheit“ (110) führe.

Ab dem Abschnitt 111 kommt der Papst auf die Menschenrechte zu sprechen und identifiziert die herrschende liberalistische (leider ja auch von Amnesty International bekannte) Praxis als falsch, immer nur die individuellen Freiheitsrechte zu betonen und die sozialen Menschenrechte, die ja (glücklicherweise) genau so zur Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen gehören, aber meistens verschwiegen oder als sozialistisch gebrandmarkt werden, zu vernachlässigen oder gar zu verschweigen. Er beschreibt den Wert von Solidarität (116), die soziale Funktion des Eigentums (118) und betont mit Berufung auf Johannes Paul II., dass das Recht auf Eigentum nur ein sekundäres Recht sei, das nicht absolut gelte und hinter das vorrangige Recht der gemeinsamen Nutzung der Güter zurückzustehen habe (120). Das Privateigentum müsse sich dem Allgemeinwohl unterordnen (123).

Im vierten Kapitel wird recht ausführlich das Thema Migration behandelt, und zwar durchaus differenziert. Der Papst plädiert einerseits für eine flüchtlingsfreundliche Politik, für einen Weg der Aufnahme statt der Abschottung sowie der Integration. Dies tut er in klarer Abgrenzung von der Politik mächtiger rechtskatholischer Kräfte wie in Polen, Ungarn und Italien. Andererseits fällt auf:

- Der Papst spricht sich an keiner Stelle für eine „Politik der offenen Grenzen“ aus; diese Idee spielt hier keine Rolle.
- Er spricht das Problem an, dass die Herkunftsländer durch Migration „ihre stärksten Mitglieder mit der größten Eigeninitiative verlieren“ und betont daher „das Recht, nicht auszuwandern – das heißt in der Lage zu sein, im eigenen Land zu bleiben“. (138).
- Franziskus plädiert für alles andere als für eine Politik der Arbeitsmigration. Vielmehr deutet er Kritik daran an, dass reiche Länder ärmeren Ländern ihre Fachkräfte abwerben (139); aus dem Gesamtzusammenhang der Kapitalismuskritik ergibt sich ferner, weil Franziskus gegen Lohndumping ist, dass dies auch für Migranten gilt, die er nicht benachteiligen möchte.
- Die Enzyklika wendet sich gegen eine Idealisierung von Migration, die nämlich nicht etwa etwas Romantisches ist, sondern bei den Betroffenen zu viel Leid führt. Der Papst spricht sich gegen „unnötige Migration“ und für eine Politik der Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen vor Ort aus (129).

Das fünfte Kapitel ist überschrieben mit „Die beste Politik“. Franziskus diskutiert zunächst verschiedene politische Ansätze und kommt auf den Begriff des Populismus zu sprechen. Er wendet sich mit Hinweis auf die Herkunft des Wortes „Populismus“ und der Wichtigkeit des Volksbegriffs für die Demokratie gegen eine Verwendung des Populismus-Begriffs, wenn sie das Ziel hat, damit populäre Politik im Interesse des Volkes zu diskreditieren und grenzt diese legitime, ja sogar wichtige Art populärer Politik gegen eine „ungesunde“ Art von rechtem Populismus ab, die den Bezug auf den Volkswillen nur nutzt, um eigene egoistische Interessen zu verfolgen (156-161).

Die Zugriffe bei den NachDenkSeiten wachsen. Die Arbeit wächst. Und auch der Aufwand. Wir bitten (auch) unsere neuen Leserinnen und Leser um Unterstützung. Das geht so ...

Wörtliches Zitat: „In bestimmten Kontexten wird oftmals des Populismus bezichtigt, wer die Rechte der Schwächsten in der Gesellschaft verteidigt.“ (163) Im Kontext der bundesrepublikanischen Politik fällt es schwer, diesen erstaunlich klaren Papstsatz nicht als deutlichen Seitenhieb auf diejenigen zu verstehen, die die Populismus-Keule vor allem

gegen Kritiker der herrschenden Wirtschaftsideologie erheben, wenn sie deren Argumenten sachlich nichts mehr entgegenzusetzen haben.

In diesem Sinne spricht sich der Papst für eine populäre Politik im Interesse des Volkes aus und kommt von dort aus direkt auf die Wichtigkeit des Themas Arbeit zu sprechen. Ziel müsse es sein, den Menschen durch Arbeit gesellschaftliche Teilhabe zu gewähren - und nicht, ihnen stattdessen einfach nur Geld zu geben. Dies ist durchaus zu lesen als ein Plädoyer gegen das naive Setzen auf ein bedingungsloses Grundeinkommen, vor allem aber gegen die Abspeisung von Menschen mit viel zu niedrigen Alimentierungen (162).

Kritisch setzt sich die Enzyklika mit dem Liberalismus auseinander, insbesondere mit seinen individualistischen Tendenzen (163). In diesem Zusammenhang kommt Franziskus aber plötzlich kritisch auf „linke Ideologien oder soziale Doktrinen“ zu sprechen, „die mit individualistischen Gewohnheiten und unwirksamen Vorgehensweisen einhergehen, die nur wenige erreichen. In der Zwischenzeit bleibt das Gros der Verlassenen dem individuellen guten Willen von Einzelnen überlassen.“ (165) Verpasst der Papst hier linksidentitärer Politik einen Ruffel? Interessant, dass er den gegenwärtigen Diskurs zwischen verschiedenen, sich als progressiv verstehenden Strömungen offensichtlich so intensiv beobachtet und sogar in einer Enzyklika anspricht.

Beeindruckend ist, wie deutlich der Papst im Folgenden Stellung zum Marktradikalismus nimmt: „Der Markt löst nicht alle Probleme, auch wenn man uns zuweilen das Dogma dieses neoliberalen Credo glaubhaft machen will. Es handelt sich um eine schlichte, gebetsmühlenartig wiederholte Idee, die vor jeder aufkommenden Herausforderung immer wieder die selben Rezepte hervorzieht. Der Neoliberalismus generiert sich immer wieder neu auf identische Weise, indem er - ohne sie beim Namen zu nennen - auf die magische Vorstellung des Spillover oder die Trickle-Down-Theorie als einzige Wege zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme zurückgreift.“ (168)

Man muss bedenken: Es handelt sich hier nicht um eine beliebige Rede, sondern um eine päpstliche Enzyklika. Also um ein zentrales kirchenamtliches Dokument des Oberhauptes der katholischen Kirche. Dass der Papst sich bis in die tagespolitische Begrifflichkeit so deutlich von einem Großteil der herrschenden Politik abgrenzt, ist von der christlichen Botschaft her zwar folgerichtig, aber trotzdem erstaunlich und sehr viel wert.

Franziskus spricht sich im Folgenden für eine aktive Wirtschaftspolitik aus, warnt vor dem „Unheil“ der „Finanzspekulation mit billigem Gewinn als grundlegendem Ziel“ (168), insbesondere wenn Finanzspekulation Lebensmittelpreise bestimmt (189) und plädiert für „soziale Alternativen“ auf dem „Grundpfeiler“ einer „gesunden Politik (...), die nicht dem

Diktat der Finanzmärkte unterworfen ist.“ (168).

Den herrschenden „kleinkarierten und monochromatischen Wirtschaftstheorien“ (169) wirft Franziskus vor, den „Volksbewegungen“ keinen Platz zu geben, „welche Arbeitslose, Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen und viele andere, die nicht in die vorgegebenen Kanäle passen, versammeln.“ (169). Stattdessen plädiert er für politische Vorgehensweisen, die „die die Volksbewegungen mit einschließen und die lokalen, die nationalen und die internationalen Regierungsstrukturen mit jenem Strom moralischer Energie beleben, die der Miteinbeziehung der Ausgeschlossenen in den Aufbau unseres gemeinsamen Schicksals entspringt.“ (169) Dadurch sollen die „Erfahrungen der Solidarität, die von der Basis - sozusagen vom ‚Untergeschoss‘ des Planeten Erde - ausgehen, zusammenfließen“ (169). Graswurzelpolitik also!

Im Unterabschnitt „Die internationale Macht“ wirft der Papst den Regierungen vor, die Chance für eine Umgestaltung der Weltwirtschaft, die die Finanzkrise eröffnet habe, verpasst zu haben (170). Er setzt sich für eine Neuordnung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage einer Reform der Vereinten Nationen und der „internationalen Wirtschafts- und Finanzgestaltung“ (172f) ein, fordert in deutlicher Abgrenzung von Trump und anderen Autokraten eine Politik des Multilateralismus statt des Bilateralismus (174) und betont die Notwendigkeit des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft und der Technokratie (178).

Im sechsten Kapitel spricht sich die Enzyklika für eine Kultur des Dialoges aus und kritisiert die Folgen der manipulativen Machtausübung durch die sozialen Netzwerke und Internetkonzerne, die einen auf wirklichen Austausch ausgerichteten politischen Diskurs zugunsten von Blasenbildung durch Abschottung und gegenseitige Abgrenzung voneinander völlig getrennt lebender Milieus mit zerstörerischer Wirkung für die Demokratie torpedieren.

Unter der Überschrift „Wege zu einer neuen Begegnung“ behandelt Franziskus im siebten Kapitel die Bedingungen für Wege zu einem friedlichen internationalen Miteinander. Er macht deutlich, dass soziale Ungleichheit Frieden unmöglich macht (235) und betont, dass es daher nicht darum gehen kann, sozialen Konflikten aus dem Weg zu gehen, sondern sie auszutragen (240). Mit Berufung auf Johannes Paul II betont er, „dass die Kirche keinesfalls die Absicht hat, jegliche Form sozialer Konflikte zu verurteilen. Die Kirche weiß nur zu gut, dass in der Geschichte unvermeidlich Interessenkonflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen auftreten und dass der Christ oft entschieden und und konsequent dazu Stellung beziehen muss.“ (240) Die Enzyklika warnt vor einem falschen Verständnis christlicher Vergebung und betont, dass der Entrechtete nicht auf seine Rechte verzichten und dem



Machthaber vergeben, sondern sich von dem Ziel leiten lassen sollte, dem Unterdrücker „jene Macht zu nehmen, die er nicht zu nutzen weiß und ihn als Mensch entstellt.“ (241) „Vergeben heißt nicht zuzulassen, dass die eigene Würde und die der anderen weiter mit Füßen getreten wird oder dass ein Krimineller weiterhin Schaden anrichten kann. Wer Unrecht erleidet, muss seine Rechte und die seiner Familie nachdrücklich verteidigen, eben weil er die ihm gegebene Würde schützen muss.“(241). Vergeben heiße, wie die Enzyklika betont, auch nicht vergessen; im Gegenteil müsse die Erinnerung an Unrecht gewahrt bleiben: „Diejenigen, die vergeben, vergessen nämlich nicht. Aber sie weigern sich, von der gleichen zerstörerischen Kraft besessen zu werden, die ihnen Unrecht zugefügt hat.“ (251). Es gehe auch nicht um Straflosigkeit, sondern darum, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen (251f). Franziskus distanziert sich hier deutlich von einem falschen Verständnis christlicher Moral, wenn diese nicht zu aktivem Handeln gegen Unrecht, sondern zu passivem Erleiden und Erdulden führt.

Im selben Kapitel räumt der Papst mit weiteren Fehlentwicklungen katholischer Gesellschaftslehre auf. So distanziert er sich von der Theorie vom gerechten Krieg, die militärisches Vorgehen unter bestimmten Bedingungen für legitim erklärt hatte und vielfach missbraucht wurde. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den Katholischen Weltkatechismus, in dem unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf militärisches Handeln noch vertreten wird, schreibt Franziskus: „Aber es ist leicht, in eine allzu weite Auslegung dieses Rechts zu verfallen. Dann will man selbst präventive Angriffe oder kriegerische Handlungen unzulässigerweise rechtfertigen“ (258). Die hier eingeschlagene Neuausrichtung christlicher Friedensethik erklärt der Papst damit, dass „durch die Entwicklung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und die enorm wachsenden Möglichkeiten der neuen Technologien der Krieg eine außer Kontrolle geratende Zerstörungskraft erreicht hat, die viele unschuldige Zivilisten trifft. (...) Deshalb können wir den Krieg nicht mehr als hypothetische Möglichkeit betrachten, denn die Risiken werden wahrscheinlich immer den hypothetischen Nutzen, der ihm zugeschrieben wurde, überwiegen. (...) Nie wieder Krieg!“ (258).

Die Enzyklika verurteilt das Konzept der nuklearen Abschreckung und erklärt „das Ziel einer vollkommenen Abschaffung von Atomwaffen sowohl zu einer Herausforderung als auch zu einer moralischen und und humanitären Pflicht.“ (262) Diese ablehnende Haltung zu Krieg und Atom wird de facto seit Jahrzehnten von allen Päpsten vertreten, hier aber deutlicher als bisher kirchenamtlich festgeschrieben. Dasselbe gilt für die Todesstrafe, die ebenfalls schon seit Jahrzehnten faktisch von allen Päpsten abgelehnt wurde, in dieser Enzyklika aber endlich auch theoretisch unumkehrbar verurteilt wird: „Es ist unmöglich, an ein Zurückfallen hinter diese Position zu denken.“ (263) Die Kirche setze sich „mit

Entschlossenheit dafür ein, zur Abschaffung der Todesstrafe in der ganzen Welt aufzurufen.“ (263)

Im achten und letzten Kapitel kommt der Papst noch einmal auf die anderen Religionen zu sprechen und plädiert für den gemeinsamen Einsatz aller Glaubensgemeinschaften für Gerechtigkeit und Frieden. Er betont die Wichtigkeit eines Bewusstseins von Transzendenz, um der Macht der Gewalt zu widerstehen: „Die Wurzel des modernen Totalitarismus liegt also in der Verneinung der transzendenten Würde des Menschen, der sichtbares Abbild des unsichtbaren Gottes ist.“ (273), weshalb es für unsere Gesellschaften gut sei, „wenn wir Gott in ihnen gegenwärtig machen“ (274). Dem entgegen ständen Ideologien, die den Menschen selbst absolut setzen und vergöttlichen (275). Die Kirche müsse daher politisch sein und dürfe sich nicht auf „ihren Einsatz in der Fürsorge oder der Erziehung“ (276) erschöpfen. Kirche dürfe „beim Aufbau einer besseren Gesellschaft nicht abseits stehen“, sondern haben eine „öffentliche Rolle“ (276). Damit erteilt Papst Franziskus den immer lauter werdenden Forderungen insbesondere von konservativer und politisch rechter Seite eine Absage, die Kirche solle sich auf Seelsorge beschränken und sich nicht in die Politik einmischen, jedenfalls nicht mit gesellschafts- und kapitalismuskritischen Thesen.

Zum Schluss betont Papst Franziskus, dass Gott in allen Religionen präsent ist, dass aus katholischer Sicht „die Quelle der Menschenwürde und Geschwisterlichkeit im Evangelium Jesu Christi“ läge: „Wenn die Musik des Evangeliums in unseren Häusern, in der Öffentlichkeit, an unseren Arbeitsplätzen in der Politik und in der Wirtschaft nicht mehr zu hören ist, dann haben wir wohl die Melodie abgeschaltet, die uns herausfordert, für die Würde jedes Mannes und jeder Frau ungeachtet ihrer Herkunft zu kämpfen.“ (277). Der Papst weigert sich also, Forderungen nachzugeben, die Kirche solle sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen; er will eine unbequeme Kirche. Speziell mit Blick auf die Katholiken bringt er dann noch Maria ins Spiel: „Mit der Kraft des Auferstandenen will sie eine neue Welt gebären, in der wir alle Brüder und Schwestern sind, in der es für jeden von unserer Gesellschaft verstoßenen Menschen Platz gibt, in der Gerechtigkeit und Frieden herrschen.“ (278)

Mit dieser Enzyklika gelingt dem Papst ein großer Wurf; aber wird sie die von ihrem Inhalt her angemessene Wirkung entfalten? Es wirkt befremdlich, wenn zum Beispiel Christian Weisner, der Sprecher der deutschen Reformgruppe „Wir sind Kirche“ lapidar erklärt, nach dieser guten Enzyklika hoffe er aber, dass der Papst sich nun endlich auch an innerkirchliche Reformen mache. Er meint also durchaus, dass es zwar ganz nett ist, was der Papst zu den zentralen Menschheitsfragen zu sagen hat - wichtiger findet er aber, dass das Zölibat abgeschafft wird, Laien predigen und Frauen Priester werden dürfen. Gibt es hier nicht eine erhebliche Schieflage in der Prioritätensetzung und in der Wahrnehmung,



was wirklich wichtig für die Zukunft unseres Planeten ist und was zwar auch richtig, aber sekundär?

Doch auch wenn die bemerkenswerte politische Botschaft des Papstes in den ersten Wochen nach ihrer Veröffentlichung noch nicht in das Bewusstsein der Menschen gedrungen ist: Eine Enzyklika ist nicht für den Augenblick gedacht, sondern sie entfaltet ihre Wirkung über Jahre und Jahrzehnte, manchmal sogar Jahrhunderte; es ist also nicht zu spät, ihre Bedeutung zu erfassen und für die Durchsetzung einer anderen Politik zu nutzen. Dieser Prozess beginnt jetzt gerade erst.

Jonas Christopher Höpken  
kath. Theologe, Ratsherr in der Stadt Oldenburg

Titelbild: praskiewicz / Shutterstock.com